

E010400 19. Feb. 2026

LANDESHAUPTSTADT



EG 10-02-26

über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

SR
19.02.

Der Magistrat

Dezernat für
Integration und Recht,
Gesundheit und Tierschutz

über
Magistrat

und
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

Stadträtin Milena Löbcke

an den Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder und Familie

07. Februar 2026

Betreff

Beschluss-Nr. 0231 vom 11. September 2025, (SV-Nr.25-F-63-0052)

Der Magistrat wird gebeten

- 1) *zu berichten, in welchen Bereichen die Stadt Wiesbaden bereits die Kriterien des ECCAR-10-Punkte-Plans erfüllt und welche Maßnahmen bereits umgesetzt sind,*
- 2) *darzustellen, welche weiteren Schritte zur Umsetzung erforderlich wären, und dabei insbesondere den zusätzlichen Ressourcenbedarf (personell und finanziell) aufzuzeigen sowie darzulegen, inwieweit einzelne Maßnahmen auch ohne dauerhafte zusätzliche Personalkosten realisierbar sind,*
- 3) *dem Sozialausschuss die Ergebnisse dieser Prüfung vorzulegen und eine Empfehlung zum Beitritt abzugeben.*

Die Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1:

Folgende Maßnahmen setzen den ECCAR-10-Punkte-Plan in der Stadt Wiesbaden bereits um und erfüllen somit seine Kriterien:

1. Verstärkte Wachsamkeit gegenüber Rassismus

Durch verschiedene, interdisziplinär besetzte Gremien und Institutionen wie zum Beispiel der „Plattform Extremismus“, dem Begleitausschuss der lokalen Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Bundesförderprogramms „Demokratie leben!“, der beim Personalamt als Stabsstelle angesiedelten Fachstelle DEXT (Fachstelle für Demokratieförderung & phänomenübergreifende Extremismusprävention) und der von ihr initiierten Arbeitsgruppe „Vielfalt“, dem Trägerkreis der jährlichen Veranstaltungsreihe „WIR in Wiesbaden“, dem

Gustav-Stresemann-Ring 15,
65189 Wiesbaden
Telefon: 0611 31-8621
Telefax: 0611 31-5987
E-Mail: Dezernat.IV@wiesbaden.de

www.wiesbaden.de

Präventionsrat der Landeshauptstadt Wiesbaden, dem Wiesbadener Bündnis für Demokratie sowie der Initiative „Moment Mal! Aktion für eine offene Gesellschaft“ gibt es ein breites Feld von Akteurinnen und Akteuren, die sich haupt- und ehrenamtlich in Wiesbaden gegen Rassismus engagieren. Alle genannten Organisationen und Netzwerke nehmen seismografisch Entwicklungen und Herausforderungen im Umgang mit rassistischen Haltungen und Diskriminierungen innerhalb von Wiesbaden wahr.

2. Bewertung der örtlichen Situation und der kommunalen Maßnahmen

In der aktuellen Version des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Wiesbaden, die für die Jahre 2022 bis 2026 gültig ist, wurde zum ersten Mal das Handlungsfeld „Abbau Diskriminierung/Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ sowie „Extremismusprävention“ aufgenommen. Neben der Beschreibung der Ausgangssituation in Wiesbaden beinhaltet das Handlungsfeld Ziele und konkrete Maßnahmen, die für die Gültigkeitsdauer des Integrationskonzeptes erreicht bzw. umgesetzt werden sollen. Die Zielerreichung bzw. die Umsetzung der Maßnahmen werden jeweils im Integrationsbericht dargestellt.

Im Jahr 2024 hat die städtische Fachstelle DEXT in Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum eine Befragung der Beschäftigten der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Thema „Vielfalt und Toleranz in der Stadtverwaltung Wiesbaden und den Eigenbetrieben“ durchgeführt. Diese beinhaltete auch Aussagen zu rassistischen Diskriminierungserfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Im Jahr 2026 wird die Fach- und Koordinierungsstelle der lokalen Partnerschaft für Demokratie im Rahmen des Bundesförderprogramms „Demokratie leben!“ gemeinsam mit dem Institut für Sozialforschung in Mainz eine Situations- und Ressourcenanalyse erstellen. Wissenschaftlich fundiert werden hier die konkreten kommunalen Bedarfe und verfügbaren Ressourcen in Bezug auf demokratiefeindliche Phänomene analysiert. Daraus lassen sich zentrale Handlungsbedarfe und wirksame Handlungsansätze ableiten, die auch die Antirassismusbearbeitung der Kommune betreffen werden.

3. Bessere Unterstützung für die Opfer von Rassismus und Diskriminierung

Seit März 2023 bietet „Spiegelbild - Politische Bildung aus Wiesbaden e. V.“ eine Antidiskriminierungsberatungsstelle für von Diskriminierung betroffene Personen an. Hier können sich Betroffene telefonisch, online und in Präsenz zu allen Formen von (erlebter) Diskriminierung beraten lassen. Daneben hat der Träger eine Empowermentgruppe für von Rassismus betroffene Pädagoginnen und Pädagogen, Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter initiiert.

Weiterhin widmen sich zahlreiche der durch die Fördermittel aus dem Bundesförderprogramm „Demokratie leben!“ finanzierten Mikroprojekte dem Empowerment von durch Rassismus betroffenen Personen(gruppen).

4. Bessere Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger

Die jährlichen Veranstaltungsreihen „Internationale Wochen gegen Rassismus“ sowie „WIR in Wiesbaden“ sensibilisieren für das Erkennen von und das Eintreten gegen Rassismus sowie andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dies geschieht durch Podiumsgespräche, Workshops, Lesungen und Filmvorführungen, die von allen interessierten Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern besucht werden können.

„Spiegelbild - Politische Bildung aus Wiesbaden e. V.“ bietet auf seiner Website verschiedene Publikationen über den Umgang mit verschiedenen Arten von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zum Download für eine interessierte (Fach)Öffentlichkeit an.

Mit der Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule, der Gutenbergschule, der Carl-von-Ossietzky-Schule, der Louise-Schroeder-Schule und der Schulze-Delitzsch-Schule sind vier Wiesbadener Schulen Teil des bundesweiten Netzwerkes „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“.

Seit 2022 wirbt das Schild „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ auf allen öffentlichen Plätzen sowie in allen Einrichtungen und Ämtern der Landeshauptstadt Wiesbaden für einen fairen, diskriminierungs- und rassismussfreien Umgang miteinander.

5. Die Stadt als aktive Förderin gleicher Chancen

Die Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA) unterstützt und berät alle Beziehenden von Bürgergeld und ihre Bedarfsgemeinschaften, Arbeitgebende sowie Organisationen, aber natürlich auch die Mitarbeitenden und Führungskräfte des Kommunalen Jobcenters. Dazu gehört ganz besonders das Thema des (Wieder-)Einstiegs in den Beruf nach einer Familienphase, damit verbunden Themen wie Kinderbetreuung, aber auch allgemeine Fragen zu Arbeit und Ausbildung. Aber auch Themen, wie z. B. Chancengleichheit am Arbeitsmarkt für Frauen und Männer, Einstieg in Arbeit und Ausbildung in verschiedenen Arbeitszeitmodellen (Vollzeit, Teilzeit), beruflicher Einstieg von Erziehenden nach der Familienphase, Möglichkeiten für alleinerziehenden Elternteile, Abklärung beruflicher Perspektiven, Fördermöglichkeiten durch das Kommunale Jobcenter oder Sicherstellung der Kinderbetreuung zählen zum Beratungsangebot.

6. Die Stadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin, die gleiche Chancen fördert

Neben den Personal- und Schwerbehindertenvertretungen gibt es bei der Landeshauptstadt Wiesbaden noch eine Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, eine Inklusionsbeauftragte, eine AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz)-Beschwerdestelle, eine hauptamtliche Konfliktberaterin sowie eine LSBT*IQ-Koordinierungsstelle. Damit stehen den Beschäftigten die notwendigen Anlauf- und Meldestellen für erlebte (rassistische) Diskriminierungen zur Verfügung. Die in diesem Jahr publizierte Broschüre „Vielfalt und Akzeptanz bei der Landeshauptstadt Wiesbaden“ informiert die Beschäftigten über die verschiedenen städtischen Anlaufangebote und deren Aufgaben.

Daneben wird im städtischen Fortbildungsprogramm seit 2004 eine Schulung zum Thema „Interkulturelle Kompetenz“ angeboten. Diese ist für die Nachwuchskräfte verpflichtend zu besuchen, während die Beschäftigten bei entsprechendem Interesse daran teilnehmen können. Die Befragung der Fachstelle DEXT hat u. a. ergeben, dass sich die Beschäftigten auch entsprechende Formate zu den Themen „Antidiskriminierung“ bzw. „Antirassismus“ wünschen. Diese sollten perspektivisch im städtischen Fortbildungsprogramm implementiert werden.

7. Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt

In erlebten Fällen von Diskriminierung bei der Wohnungssuche oder -vergabe steht die Antidiskriminierungsberatungsstelle von „Spiegelbild - Politische Bildung aus Wiesbaden e. V.“ als Anlauf- und Meldestelle für die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener zur Verfügung.

8. Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch Bildung und Erziehung

Für das elektronische Vormerkssystem WIKITA gibt es einen mehrsprachigen Flyer, durch den sich Eltern mit Migrationshintergrund darüber informieren können, wie sie für ihr Kind einen Zugang für einen Kita-Platz erhalten können.

Das Projekt „Wortspatz“ des Internationalen Bundes, Bildungszentrum Wiesbaden vermittelt Kindern von Zugewanderten und Geflüchteten ein besseres Verständnis der deutschen Sprache sowie einen Sprachwortschatz, der ihrer Lebenswelt entspricht.

Die lokale Partnerschaft für Demokratie konnte durch das Bundesförderprogramm „Demokratie leben!“ mehrere Mikroprojekte finanzieren, die sich dem Thema „Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung als inklusives Praxiskonzept“, der Implementierung diskriminierungssensibler Kinderbücher in Kitas und Grundschulen sowie der Durchführung von entsprechenden Fachtagungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie Pädagoginnen und Pädagogen widmen.

9. Förderung der kulturellen Vielfalt

Im Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt es für das Thema „Kultur“ ein eigenes Handlungsfeld. Auch hier werden Ausgangssituation, konkrete Ziele und Maßnahmen für den Zeitraum der Jahre 2022 bis 2026 definiert und beschrieben. Der Stand der Zielerreichung bzw. der Umsetzung der Maßnahmen wird im Integrationsbericht dargestellt.

Der Kulturentwicklungsplan (KEP) für die Landeshauptstadt Wiesbaden formuliert eine nachhaltige Entwicklungsstrategie für das Wiesbadener Kulturleben. Diese orientiert sich an den spezifischen örtlichen Gegebenheiten. 120 Maßnahmen und Handlungsvorschläge dienen als Leitplanken für die Kulturentwicklung der kommenden Jahre.

Auf der Online-Plattform WI WER WAS können sich Künstlerinnen, Künstler, Einrichtungen und Organisationen untereinander austauschen und Kulturinteressierte über ihre Veranstaltungen und Angebote informieren. Ziel ist hier, allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zum Wiesbadener Kulturleben zu erleichtern und die Kontaktmöglichkeiten von Migrantorganisationen und Kulturschaffenden untereinander zu verbessern, um z. B. Kooperationspartner für gemeinsame Ideen und Projekte zu finden. Außerdem sollen kulturelle Angebote von Migrationsvereinen oder ähnlichen Einrichtungen sichtbar gemacht werden.

Mit dem Programm "Integration durch Kultur" wird Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte eine verbesserte Teilhabe am kulturellen Leben in Wiesbaden ermöglicht.

10. Rassistische Gewalttaten und Konfliktmanagement

Durch die interdisziplinäre Zusammensetzung der „Plattform Extremismus“ ist ein fachlicher Austausch über rassistische Gewalttaten und deren Aufarbeitung zwischen den verschiedenen Sicherheitsbehörden, kommunalen Fachämtern, Schulen und Trägern der (politischen) Bildungsarbeit gewährleistet.

Darüber hinaus sind sowohl die lokale Partnerschaft für Demokratie als auch die Fachstelle DEXT eng mit dem „Hessischen Informations- & Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)“ vernetzt, so dass Entwicklungen, Herausforderungen und entsprechende Präventionsangebote im Hinblick auf den Umgang mit rassistischen Gewalttaten für Wiesbaden kommuniziert und aufgegriffen werden können.

Das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden sieht im Handlungsfeld „Stadtteile“ Strategien vor, wie insbesondere lokal passende Konzepte entwickelt werden können, um mit rassistischen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen vor Ort umzugehen und diese kompetent begleiten zu können.

Zu 2:

Meine Ausführungen haben gezeigt, dass es in Wiesbaden bereits eine große Bandbreite an Initiativen, Maßnahmen, Institutionen und Netzwerken gibt, die sich schon lange und stetig gegen Rassismus engagieren.

Die finanzielle Absicherung von Angeboten wie der Fachstelle DEXT, der Antidiskriminierungsberatung von „Spiegelbild - Politische Bildung aus Wiesbaden e. V.“ sowie den jährlichen Veranstaltungsreihen „Internationale Wochen gegen Rassismus“ und „WIR Wiesbaden“ sollte stetig realisiert werden.

Ferner wird angeregt, einzelne Punkte bei der Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die Jahre 2027 - 2031 aufzunehmen.

Zu 3:

Nach Ansicht der ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe Integration, die das Amt für Zuwanderung und Integration bei der Umsetzung des Integrationskonzeptes berät, erscheint ein Beitritt nicht erforderlich. Notwendig ist es allerdings, zukünftig auf die Evaluation der vorhandenen Maßnahmen den Schwerpunkt zu legen. Diesem Votum schließe ich mich an. Ferner hat die Steuerungsgruppe Integration zu Punkt 7 „Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt“ angeregt, ein Gespräch mit den Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaften zu suchen.



Verteiler

Dez. I
Dez. IV
33/3302